

**Öffentliche, amtliche Bekanntmachung betreffend dem am 12. Nov. 2015 rechts-  
widrig zwangsversteigerten Bad Blankenburger Hotel am Goldberg\*\*\*\* &  
diesbezüglicher Betrug sowie genereller Putsch d. gesamten [bundesrepublikanischen  
Justiz, Politik, Finanzelite] sowie der dies leider teils alles mittragenden Bevölkerung**



-7. April 2024  
-



Christian Bernd von Karlsruhe aus der Familie A l b e r

Sachsen-Meißniges Gemeindeamt Wöblsdorf bei Saalfeld / Saale  
Büro für Rechts- und Geschichtsforschung

Rechts[sach]verständiger und Staatsbeamter  
Wöblsdorf [3]  
[07318] Wöblsdorf bei Saalfeld/Saale  
Tel: 01573 4596092  
[chr.alber@nabeo.com](mailto:chr.alber@nabeo.com)  
[www.deutscher-reichsanzeiger.info](http://www.deutscher-reichsanzeiger.info)



Das sich seit den ~ 1990igern in Privatbesitz der Familie Ralf: B e y e r befindliche ehrwürdige Bad Blankenburger Objekt **Hotel am Goldberg\*\*\*\*** samt dem dazugehörden Park und den umherliegenden Landflächen wurde am 12.11.2015 durch die seit dem 18.7.1990 alliierterseits suspendierten und womögl. nur noch zur Täuschung aller als eingetragene Firma fortbestehende, verbotene, somit illegal handelnde Organisation [„Amtsgericht Rudolstadt“] (Upik / D-U-N-S-Firmenregister: 33-035-8099) vorsätzlich und rechtswidrigerweise zwangsversteigert.

Familie B e y e r und mir - als einem der beiden weiteren Geschäftspartner und gleichzeitigem Hauptinvestor - wurde auf diese Weise unter Vorspielung falscher Tatsachen ein sehr großer finanzieller Schaden zugefügt, abgesehen davon daß uns das Objekt und damit unser Vorhaben das Objekt zu sanieren und dann in ein Betreutes Wohnheim gehobener Klasse umzubauen letzten Endes seitens dem hochkriminellen [Amtsgericht Rudolstadt] „gestohlen“ und das Projekt komplett zerstört worden ist (AktENZEICHEN K150/14 und weitere). Schlimmer noch: Die gesamte [Bundesrepublik Dtl. (BRD)] samt deren [„deutscher Justiz“] deckt dies bis zum heutigen Tage !

Zwangsversteigerungen aus **grundgesetzlich, besatzungsrechtlich und völkerrechtlich geschütztem Privatvermögen** sind seit Mai 1945 auf deutschem Boden per alliierten Anweisungen, nach Haager Landkriegsordnung (HLKO. Art. 46, 47) **sowie auch entsprechend der reichsrechtlichen Vereinbarungen** zwischen den Alliierten und deren ab 1987 für Berlin und damit für Deutschland eingesetzter Kommissarischer Reichsregierung unseres seit dieser Zeit reaktivierten alten Staates 2tes Deutsches Reich mit vorgegebenem Rechtsstand des 30. Januar 1933 Weimarer Republik strengstens verboten.

In der „Bundesrepublik Deutschland“ gibt es Bundesgesetzblätter und diese sind bindend. Ein Verstoß dagegen stellt einen Straftatbestand dar! Das deutsche Bundesgesetzblatt (abgekürzt „BGBL.“) ist das öffentliche Verkündungsblatt der Bundesrepublik Deutschland. Es wird vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz herausgegeben und durch den zur DuMont Mediengruppe gehörenden Bundesanzeiger Verlag vertrieben. Kein Bundesgesetz ist gültig, wenn es nicht im Bundesgesetzblatt verkündet worden ist (Art. 82 Abs. 1 Satz 1 GG).

Beweise über die Aufhebung alle Zwangsvollstreckungen:

BRD Bundesgesetzblatt Teil I, Art 56 (319-10). Die Zwangsvollstreckung ist grundsätzlich unzulässig, weil das Gesetz über die Zwangsvollstreckung aufgehoben wurde (BGBL. 2006, Seite 875, Teil I, Nr. 18 vom 24.04.2006).  
Quelle: <http://bgbl.de>

Deutscher Bundestag, Drucksache 16/4741 vom 21.03.2007 (Deutscher Bundestag – 16. Wahlperiode – Seite 35 – Drucksache 16/4741) Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiete der Zwangsvollstreckung vom 26.05.1933 RGBI I 1933, 302 FNA 310-10; Bundesgesetzblatt Teil III V aufgeh. durch Art. 56 G v. 19.4.2006 I 866 mWv 25.4.2006. Quelle: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/047/1604741.pdf> – (siehe Seite 35).

Da die BRD nachweislich keinen Friedensvertrag und keine Verfassung hat (siehe Art. 146 GG (Grundgesetz)) und nach wie vor unter alliierter Besatzung steht (siehe Art. 120 GG), gilt nach wie vor die Haager Landkriegsordnung (HLKO), somit sind die Artikel 46 und 47 der HLKO immer noch in Kraft:

Artikel 46: Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden. Artikel 47: Die Plünderung ist ausdrücklich untersagt. „Ignorantia legis non excusat“. Quelle: <https://s-h-a-e-f.de/zwangsvollstreckungen/>

Alle etwaige Bankforderungen, wie die im vorliegenden Fall 2013/2014 auf dem der örtlichen Gastronomenfamilie B e y e r gehörenden Objekt Hotel am Goldberg ehem. befindlichen Hypothek von ca. ½ Mio. Euro (hauptsächlich Sparkasse Saalfeld-Rudolstadt) aufgrund der ab ~ 2000 BRDseits politisch inszenierten Wirtschaftskrise sowie früheren örtlichen Betrugs gegen sie sind dabei zweitrangig.

Das örtliche [Amtsgericht Rudolstadt] hätte uns Betroffenen und vor allem der Familie B e y e r in jedem Fall helfen und bezüglich der Banken (hauptsächlich Sparkasse Sif-Rudolstadt) vermitteln müssen, denn der Sozialstaat mitsamt der Sozialen Marktwirtschaft sind als Diener des Menschen entsprechend d. Grundgesetz Art 1, 2, 3, 4,5, ff. konzipiert. Die Menschen sind nicht Diener des Staates, wie es in diesem Fall geschehen ist, trotz der Verschuldung von Fam. B e y e r.

Unser Staat 2tes Deutsches Reich samt der echt gesetzlichen deutschen Kommissarischen Reichsregierung und den verschiedenen Ministerien wurde bekanntlich unter Federführung des Berliner Reichsbahn-Obersekretärs, späteren alliierterseits genehmigten Ministers für Transport, Umweltschutz, Energie- und Straßenwesen sowie Generalbevollmächtigten und Reichskanzler Deutschlands, Dr. hc. jur. Wolfgang Gerhard Günter: E b e l im Zeitraum 1985-1989 reaktiviert und als Bedingung für den daraufhin erfolgten Mauerfall in Grundzügen etabliert und aufgebaut. Dies war auch die primäre Bedingung, daß die Alliierten überhaupt bereit gewesen sind dem Mauerfall, der Grenzöffnung sowie dem Zusammenschluß von den west- und mitteldeutschen Gebieten zuzustimmen.

Die am [„Amtsgericht Rudolstadt“] auch heute noch für Versteigerungen zuständige [„Rechtspflegerin“] Silke : Schors versteigerte (besser gesagt: verschenkte) unser Objekt Hotel am Goldberg beim besagten Termin im November 2015 für ~ 270.000 Euro an die dubiose Berliner Immobilienfirma „OpusOne“. Diese wurde wiederum vor wenigen Jahren von der offenbar sich ebenfalls nicht für diese Vorgaben interessierende israelisch-deutsche GrandCity Hotel Group (wiederum aus Berlin) übernommen, die das wunderbare Objekt letzten Endes aufgrund der weiten Distanz nach Berlin verkümmern lässt. GrandCity Hotel Group hatte sich auch von Anfang an weder für den Kauf des dazugehörenden Parks samt darauf liegenden Hotel-Parkplätzen noch für den Kauf der Anhänge ringsherum eingesetzt. Das abermals mitkonspirierende [„Amtsgericht Rudolstadt“] war eindeutig auch beim Verkauf des Parks 2019 und der Anhänge an fremde Dritte mitinvolviert und konnte die ganze Ruinierung von Fam. Beyer und mir spätestens ab 2014/2015 absehen. Trotzdem keine Hilfe, auch nicht im Rahmen deren illegalen „Betreuungsverfahrens“ seitens BRD GmbH [(„Amtsgericht Karlsruhe und Rudolstadt“, „LG Gera“, „BGH“, usw.)].

Familie B e y e r hatte über mehrere Jahrzehnte viel Geld in deren zum großen Erfolg aufgebautes Hotel am Goldberg investiert, es saniert und zu einem überregional bekannten Hotel aufgebaut. Silke S c h o r s vom [Amtsgericht Rudolstadt] hatte beim Zuspriech an den Vertreter von der Berliner Immobiliengruppe OpusOne noch provozierend und selbst ereifernd hinzugefügt, daß die darauf liegende Hypothek (ca. ½ Mio. Euro) als Geschenk gleich mit aus dem Grundbuch gelöscht werden würde. Frau S c h o r s hatte mir auch noch während dieser Zwangsversteigerung auf meine Wortmeldung, daß ich jedes Gebot um 10.000 Euro oder mehr zur Sicherstellung unseres anvisierten Projekts überbiete würde, höhnisch geantwortet, „daß ich ja selbst am besten wüsste, daß ich durch dieses [Amtsgericht] unter Betreuung gestellt worden sei und daher kein Recht dazu hätte an der Versteigerung rechtskräftig teilzunehmen bzw. mitzubieten“. Gut 30-40 Leute waren während der Versteigerung mit anwesend und können dies mit Sicherheit auch heute noch bezeugen.

Dem [„Amtsgericht Rudolstadt“] Direktor Volker : K u r z e, dem Richter Guido: W e h n e r (Betreuungsrecht) sowie auch mit Sicherheit der für Zwangsversteigerungen offenbar zuständigen Silke :Schors waren mit Sicherheit bereits ab ~ 2013 bewußt, daß ich über ein größeres privates Erbe mit ausreichend Mitteln verfüge, wo ich die Hypothek sofort hätte bezahlen und/oder das Objekt spätestens auf der Zwangsversteigerung hätte kaufen können und rechtlich gesehen in jedem Fall zur Sicherung unseres Projekts auch hätte kaufen dürfen.

**Diese gute & wirtschaftliche Vorhaben wurde uns u. mir jedoch unter Vorspielung falscher Tatsachen seitens dem gegen uns und mich konspirierenden [„Amtsgericht Rudolstadt“ & aller „Partnergerichte“] verwehrt.** Die Versteigerung fand in Absprache mit der mitanwesenden Gläubigerbank (Sparkasse Rudolstadt) statt. Diese hatte zuvor und auch während der Versteigerung das Nötigste unternommen, daß das Objekt nicht zurück in die Hände von Familie Beyer oder mir gerät; dies unter schwerer Mißachtung und Beugung des Rechts !

Familie Beyer und auch ich wurden hier in großem Stil betrogen und bestohlen, in millionenschwerer Höhe geplündert und letztendlich handelsrechtlich und menschlich auf gewissermaßen hinterhältige, kriminelle Weise ausgeschaltet und im gleichen Zug vor Ort öffentlichkeitswirksam denunziert.

Das angebliche, durchweg anhängige, mich stark zu unterdrücken versuchende illegale [„Betreuungsverfahren“] diente von Anfang an nur als ein weiteres Mittel zum Zweck um mich bereits in Karlsruhe ab ~ 2011 wirtschaftlich komplett zu sabotieren. Bei gesunden Erwachsenen ist eine Betreuung gegen den freien Willen unmöglich und verboten (§ 1814 Abs. 3 BGB, GG Art. 1,2, 3, 4. usw.). Zudem muß in jedem Fall entsprechend „Betreuungsrecht“ dem „hilfsbedürftigen“ Menschen insgesamt unterstützend geholfen werden (vgl. beispielsweise Prof. Dr. Tobias Fröschle – Praxiskommentar zum Betreuungs- und Unterbringungsverfahren, S. 510 ff, 3. Auflage, Bundesanzeiger Verlag; etc.); Er/sie darf in keinem Fall gar daran gehindert werden sozial wie auch unternehmerisch voranzukommen, gerade auch wenn die eigene seitens der „Behörden“ vorsätzlich falsch informierte und dementsprechend falsch handelnde Mutter zur „Betreuerin“ über jenes kriminell und illegal agierende [„Amtsgericht Rudolstadt“] bestellt wurde. Eine perfekte allseitige Verschwörung samt totaler Manipulation (über

die Mutter) gegen uns und mich, die bereits beim gleichfalls überaus kriminellen, illegal agierenden [Amtsgericht Karlsruhe] Jahre zuvor begann und bis zum heutigen Tage andauert..

Auf die der gesetzlichen Basis nach einem alliiertesits genehmigten, „gesetzlichen Richter“ entsprechende Forderungen meines Berliner Steuerberaters Helmut: S a m j e s k e ab 2014/2015, des Zwickauer Rechtsanwalts Jens: C o n r a d und mir an alle hier involvierten [Behörden und BRD-Gerichte] einschließlich der ab 2017 dann involvierten Organisation [„Bundesgerichtshof“ Karlsruhe] zuerst einmal nachzuweisen, wer sie überhaupt als „Richter“, „Justiz- und Gerichtsmitarbeiter“, „Staatsanwälte“, usw. seit dem 18.7.1990 legitimiert und eingesetzt haben soll, ist bis heute keinerlei Antwort von all diesen erfolgt !  
Alle involvierten [„Behörden, Gerichte und Staatsanwaltschaften“] waren auch niemals auf all unsere Schriftsätze überhaupt real eingegangen. Wir Menschen scheinen sie in keiner Weise zu interessieren.

Auskünfte hierzu erteilt: Helmut S a m j e s k e - Kanzlei für grundrechtebezogene Gesetzesanwendung, Recht(s)beratung und –vertretung, Berlin - Forschende und wissenschaftliche Tätigkeit als Steuer-, Finanz- und Rechtsgutachte gem. Art. 5 Abs. 3 GG, [Heltax@web.de](mailto:Heltax@web.de), [www.samjeske-grundrechte.de](http://www.samjeske-grundrechte.de), Tel 01522-6257606

Entsprechend dem fortgeltenden Militärgesetz Nr. 2, ff. den für Berlin fortgeltenden Berlin Kommandatura Orders (BKO), den drei Bereinigungsgesetzen und weiterer Verordnungen zur rechtlichen Situation sind alle deutsche [Gerichte] bis auf weiteres und bis auf explizite alliierte Genehmigung, - mit Ausnahme des neuen Reichsgerichts welches unter Dr. hc. Jur. E b e l ab 1987 mit ins Leben gerufen wurde - auch heute noch verboten !  
Jegliche sich als „Richter“, „Gerichtsmitarbeiter“, „Staatsanwälte“ und sonstige sich im öffentlichen Dienst und der Justiz auf deutschem Boden als „Beamte“ betätigende Menschen (dies gilt übrigens auch für alle „Rechtsanwälte“) benötigen eine explizite Zulassung von der interalliierten Militärpräsenz und dem US Militär/ USEUCOM. Vgl. u.a. Militärgesetz Nr. 6, sowie [www.bundesstaat-preussen.de](http://www.bundesstaat-preussen.de), [www.deutscher-reichsanzeiger.info](http://www.deutscher-reichsanzeiger.info) Auch hierdurch ist der Betrug dieser illegal und überaus kriminell agierenden BRD-System-Schauspieler nachgewiesen.

Interessanterweise wurde mir dann jedoch über das gleichfalls ohne jegliche Rechtsbasis agierende [„Landgericht Gera“] mit [„Beschluß“ vom 25.7.2017 (Az: 5T558/15 und 5T256/16)] meine Mitwirkung einschließlich meines millionen Euro-schweren Investments als Investor, Partner und Mitbegründer der für das gemeinsame Projekt Hotel am Goldberg / Betreutes Wohnen mitbegründeten Firma ALBEHA UG, sowie die gegenüber der involvierten Sparkasse Saalfeld-Rudolstadt und dem [„Amtsgericht Rudolstadt“] aufgezeigten tatsächlich vorhandenen Eigenmittel, das zusätzlich über meine Immobilien aufgenommene große Darlehen trotz erfolgten Betrugs aufgrund einer wegen all dieser politischen und juristischen Komplexität dann letzten Endes mitinvolvierten Anlagefirma Goldstar als legitim freigesprochen, zugesprochen und das ganze illegale Betreuungsverfahren aufgehoben. Dieser interessante [Beschluß] des [„Landgerichts Gera“] faßte mit der Aussage, daß „die Betreuungsversuche des Amtsgerichts Rudolstadt (Aktenzeichen 2 XVII 93/15 & frühere), ins leere gehen“ das ganze sogar halbwegs korrekt zusammen.

Somit hätte die Zwangsversteigerung und der Verkauf des Hotel am Goldberg samt aller dazugehörenden Grundstücke seitens [„Amtsgericht Rudolstadt“] sofort rückabgewickelt gehört. Es hätten gerade auch die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen bezüglich des erfolgten Betrugs durch die im Verlauf leider mitinvolvierte Anlagefirma Goldstar überhaupt erst einmal von Beginn an abgewartet werden müssen. Die Ermittlungen des [Justizzentrums u. Landgericht Hof] sind bis zum heutigen Tage zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis gekommen!

Die mitkonspirierenden, ohne Genehmigung agierenden Akteure vom [„Amtsgericht Rudolstadt“] unter Leitung deren [„Direktors“] Volker: K u r z e, des [stellvertretenden Direktors] D i s c h i n g e r und Mitarbeiter wie die [Zwangsversteigerungs-“Rechtspflegerin“] Silke: S c h o r s, der [„Betreuungsrichter“] Guido: W e h n e r, usw. gingen jedoch allesamt trotz unserer Forderungen auf den Beschluß und die Vorgaben des übergeordneten [„Landgerichts Gera“] geschweige denn auf all unsere gut gemeinten vorhergehenden Schriftsätze, die unserer Rechtsanwalte und meines Steuerberaters Helmut: S a m j e s k e ein.

Die gesamte, meterlange Akte zu meinen Auseinandersetzungen mit diesen eigentlich verfassungswidrigen [bundesrepublikanischen Gerichten] einschließlich des ausnahmsweise überaus glücklichen [Beschlusses des „Landgerichts Gera“] von 2017 ist bei mir einsehbar und sollte doch gerade aus Sicht der BRD-Simulanten trotz Involvierung des [Bundesgerichtshofs/BGH] rechtskräftig und für uns und mich endlich einmal von Nutzen sein.

Dies alles geschah jedoch bezüglich dem vorliegenden Projekt Hotel am Goldberg / Betreutes Wohnen und der aus meiner Erbmasse und dem aufgenommenem großen Darlehen eingebrachten finanziellen Mittel nicht. Der Sinn und Zweck unseres örtlich gewünschten Betreuten Wohnen-Projekts und meine berufliche Partizipation darin hatten für die gesamte bundesrepublikanische [„Justiz“ samt „BGH“] keinerlei besondere Bedeutung oder Gewicht.

Überwiegend wurde 2017/2018 seitens dem [„Bundesgerichtshof“] darauf abgepielt, daß ich doch etwa an einer

über die [„Amtsgerichte Karlsruhe und Rudolstadt“] vorsätzlich bzw. böswillig falsch unterstellten wahnhaften Störung oder gar „Psychose“ / „Schizophrenie“ leiden würde. Keineswegs wurde darauf eingegangen, daß ich mich als junger Privatmann und Investor mit in dieses große Projekt in Bad Blankenburg erfolgreich und produktiv mit eingebracht habe und letztendlich mit allen Mitteln von allen Seiten davon abgehalten wurde. Alle dürfen hier groß Geld verdienen, nur eben mit der Ausnahme meiner Bad Blankenburger Geschäftspartner Familie B e y e r und meiner Wenigkeit.

Mit „BRD-gerichtlich“ bestelltem, ärztlichen Fachgutachten vom 11. Juni 2014 wurde dem ebenfalls damals mitinvolvierten „Amtsgericht Karlsruhe“ der Vorwurf einer angeblichen psychischen Erkrankung durch den Jenaer Facharzt Dipl. med. Wolf Ingo : L e i c h s e r i n g für mich in der Art beantwortet, daß ich trotz offenbar im Raum stehender verschiedener Standpunkte betreffend meiner Gesundheit sehr wohl in der Lage bin mich selbständig in Projekte meiner Wahl einzubringen, alleine schon aufgrund des grundgesetzlich geschützten Selbstbestimmungs-, Berufs- und Freiheitsgebots. Weitere gesundheitliche Gutachten und Stellungnahmen wie die des Dr. med. Steffen : A s c h e n b r e n n e r (16.6.2011), des Dipl. med. Wilfried : M e i ß n e r (2. Jan. 2014), der brandenburger Doktoren Dr. und Dipl. med. K ö h l e r & K ö h l e r (12. Okt. 2015), der dortigen Dr. phil. Gabriele: R e d a (5.8.2015, 20.1.2020, und weitere), des Florenzer Dr. psychol. Paolo: C i o n i (2022) und des Berliner Dr. med. Klaus : M a u r e r (2023/2024) unterstrichen sogar allesamt meine volle geistige und körperliche Gesundheit meinerseits.

Auf all diese gesundheitlichen Stellungnahmen und Gutachten wollte und wollen die involvierten BRD-Organisationen [„Amtsgericht Rudolstadt“], [„Landgericht Gera“], der [„Bundesgerichtshof“ Karlsruhe“], die [„Staatsanwaltschaft Gera“] und alle weiteren involvierten höheren [Staatsanwaltschaften], usw. allesamt nicht eingehen. Denn damit würde ihr Betrug und Lüge und v.a. auch deren nicht zugelassene, rechtswidrige Partizipation in dem ab dem 18.7.1990 gegen den Willen der Alliierten und Deutschen fortbetriebenen Firmenkonstruktgespensts „BRD“ (D-U-N-S Firmenregister-Nummer: 341611478), dessen [„neuen Bundesländern“] mitsamt dem sogenannten [„Freistaat Thüringen“] (D-U-N-S-Firmenregisternummer: 341567381) auffliegen.

#### Übrigens:

Einen legalen BRD-Gesetzgeber kann es alleine schon aufgrund des einschlägigen Urteils des Karlsruher [„Bundesverfassungsgerichts“] vom 25.7.2012 (Aktenzeichen 2BvF 3/11, 2 BvR 2670/11, 2BvE 9/11) nicht geben, denn bereits seit 1956 hatten die BRD-Politiker das Wahlgesetz ohne Genehmigung der Alliierten für die Bundesrepublik Deutschland rechtswidrig zu Gunsten größerer, korrupter Parteien geändert.

Somit existiert seit 1956 kein legitimer BRD-Gesetzgeber mehr, und da bereits sowohl die BRD wie auch DDR von Anbeginn alliierterseits (seitens des Kontrollrats der Alliierten in Berlin) ungewollte Verwaltungsstrukturen waren, und das 3. Reich von Anfang an reichsrechtlich verboten und illegal war, fallen wir auf den für alle reichsrechtlich als auch grundgesetzlich gültigen und besatzungsrechtlich vorgegebenen (und zugleich nur möglichen) Rechtsstand des 30. Januar 1933 bzw. das des ab 1955 freigegebenen Bundesstaats Preußen (!), also vor der absoluten Machtergreifung der korrupten Parteien. Quelle: Vgl. unter anderem die Interviews von Dr. hc. jur. E b e l auf Youtube, [www.bundesstaat-preussen.de](http://www.bundesstaat-preussen.de), [www.deutscher-reichsanzeiger.info](http://www.deutscher-reichsanzeiger.info)

Wir befinden uns spätestens seit der alliierterseits erfolgten Suspendierung der BRD per Streichung der Präambel und des Art. 23 durch US-Außenminister James : B a k e r sowie der DDR per Streichung der DDR-Verfassung durch den sowjet. Außenminister Eduard S c h e w a d n a d s e (Pariser Konferenz) am 17.8.1990 im gesamten deutschen Land auf Reichsgebiet mit Gebietsstand von 1937, weiterhin ohne Friedensvertrag, das ganze betreffend auch hier für das gesamte [Reichsland Freistaat Thüringen] bzw. dessen einzelner, jeweiliger thüringischer großherzoglicher Bundesstaaten einschließlich Schwarzburg-Rudolstadt, Sachsen-Meiningen, usw.

#### Es wird daher weiterhin gefordert:

Alles was sich auf dem gesamten Grundstück des Hotel am Goldberg samt den umherliegenden, angrenzenden Flächen befindet gehört insoweit weiterhin Familie Ralf: B e y e r, der Eigentümerfamilie, die das Objekt nach bundesrepublikanischer Rechtsauslegung „rechtmässig“ in den ~ 1990er Jahren erworben und zu einem überregional bekannten 4-Sterne Hotel aufgebaut haben. Das Objekt samt allen ursprünglich 2014/2015 dazugehörenden, angrenzenden Landflächen muß an Familie B e y e r, alternativ an einen unabhängigen Treuhänder zur Regelung der Eigentumsfrage zeitnah zurückgegeben werden.

Das jüngst neugebaute Wohnhaus rechts neben dem Hotel auf dem von Familie B e y e r seitens [„Amtsgericht Rudolstadt“] ebenfalls im November 2015 rechtswidrig zwangsversteigerten und somit unrechtmäßig entwendeten Grund und Boden ist, wie oben bereits thematisiert, nach bundesrepublikanischer und besatzungsrechtlicher Gesetzgebung sowie nach HLKO (Art. 46, 47) rechtswidrig und zudem auch ohne reichsrechtliche Genehmigung die letzten Jahre über (rechtswidrig) erbaut worden.

Auf die vorsätzliche Mißachtung der alliierten und reichsrechtlichen Vorgaben stehen bekanntermaßen hohe Strafen, in schwerwiegenden Fällen, wie im Fall der gegen mich und meine Person vorliegenden massiven

Denunzierung mittels erlogenen, höchst beleidigenden, kriminellen Gutachten und Vorwürfen, ich würde an einer psychischen/wahnhaften Störung oder Psychose/Schizophrenie leiden, vermutlich sogar die Todesstrafe !

Familie B e y e r und ich wollten und wollen dieses sehr bekannte Objekt in ein hochwertiges Betreutes Wohnheim für die örtliche Bevölkerung, die uns darum gebeten hatte, umbauen. Die sehr schöne Lage und das Ambiente sprechen für sich.

Der örtliche Bauingenieur Reinhard H a u c k e sollte mit in das Projekt als Partner und Leiter für alle technischen Dinge mitaufgenommen werden. Auch diese Verträge hierzu waren längst notariell fertig gestellt.

Die jeweiligen, involvierten [„Richter“ und „Gerichte“] waren alle von Anfang an über unsere Situation und auch über die Rechtslage informiert. Für ihre **nicht genehmigten** „Amts“-Tätigkeiten wurden sie von mir wegen defakto Amtsanmaßung und gewissermaßen bandenmäßiger Sabotage an meinen Geschäftspartnern und mir allesamt in die Haft genommen. Befangenheit streiten sie natürlich allesamt für sich selbst wie auch für sich gegenseitig vehement ab.

Aus Karlsruhe abstammend tue ich mich beim [„BGH“] leider schwer. Man kennt meine seit langer Zeit etablierte, größere und recht unternehmerische Familie vermutlich aus örtlichen Gegebenheiten und weiß vermutlich auch seit langem über meine politische, insbesondere meine besatzungs- und reichsrechtliche Fokussierung Bescheid. Man kategorisiert Menschen wie mich zu Unrecht als „Reichsbürger“, dabei bin ich Mensch mit nachgewiesener württembergischer Abstammung. Im Gegensatz zu fast allen hier habe ich weder Personalausweis noch sonstige „BRD-Ausweise“. Leider werden diese ganzen Papiere von den seit dem 18.7.1990 ohne jegliche Rechtsgrundlage und vor allem auch entgegen der alliierten Vorgaben arbeitenden [„bundesrepublikanischen Behörden“] trotzdem weiterhin und zwar unrechtmäßigerweise und zudem falsch ausgestellt. Das ganze erfolgt auf Basis der eigentlich verbotenen Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit (1934) und dem Reichsbürgergesetz (1935). Die örtliche Organisation [„Landratsamt Saalfeld Rudolstadt“ Abteilung für Öffentliche Ordnung und Fragen in Sachen Staatsangehörigkeit] und deren ehemals zuständige [„Kreisamtsfrau“] F i s c h e r deckten lange Jahre natürlich den ganzen Betrug an uns allen. Beweis: Akte samt unserem gesamten Schriftverkehr 2020-2021.

Wer also lügt hier wirklich ?! Schreit nicht gerade der Dieb „haltet den Dieb!“, um die Aufmerksamkeit von sich selbst abzulenken !?!

Für mich ist es gerade deshalb eine Ironie, daß der selbsternannte Wittenberger „König von Deutschland“ Peter I. beim [„BGH“] mit seiner Reichsbank und Gesundheitskasse vergleichsweise sehr zeitnah "durchgewunken" und zu keinem Zeitpunkt überhaupt für schizophren erklärt wurde, ich aber mit meiner sozialen und unternehmerischen Tätigkeit leider sofort an jeder Ecke angestoßen und mit allen Mitteln und *vorsätzlich falschen Verleumdungsgutachten durch die kriminellen Ärzte Prof. Dr. E i c k e l m a n n, Dr. med. H a r t e r & Kollegen, Karlsruhe, 2011/2012, Dipl. med. Marius: J a s z c z y k, Hof, 2.6.2015, Dipl. med. A. T r o m m e r - W e n t z e l, Gera, 22.3.2017, Prof. Dr. med. S c h ö n k n e c h t, Leipzig, 30.11.2018, Dr. med. K r o l l, Stadroda (29.11.2022), usw.* gestoppt wurde. Dabei stellt gerade das „Königreich Deutschland“ des Peter I. aus Wittenberg ein Putsch gegen die alliierten, gegen die reichsrechtlichen, und im übrigen gewissermaßen auch gegen die grundgesetzlichen Vorgaben dar. Denn keiner darf hier auf deutschem, reichsrechtlich und alliierterseits geschütztem Boden ein neues Königreich oder etwas staatsähnliches (wie z.B. „neue Bundesländer“) für sich errichten. Denn dann könnte ja jeder mit seiner Idee kommen...

Das Ende des „Rechtsstaats“ und vor allem der "unabhängigen" deutschen Justiz ist längst gekommen. Vermutlich kann das ganze noch nicht einmal mehr über einen kompletten Neuanfang ins Lot zurückgebracht werden.

Bitte machen Sie sich auch alle einmal das Ausmaß des ganzen Betrugs seit 1990 bewußt, vor allem in Anbetracht der Tatsache daß fast alle noch bis vor kurzem fast robotermäßig, mit Gesichtsmasken und Impfung/Boosterung im Rahmen der seitens der Bank(st)er und deren trillionenschwerer DeepState-Chefs und Mitwirkenden (Rothschild, Rockefeller, Klaus S c h w a b, Bill : G a t e s, AIPAC, Karl: L a u t e r b a c h, Jens: S p a h n, die englischen Windsors?, usw.) inszenierten fake „Corona-Pandemie“ umhergeirrt sind und mitgemacht haben. Vgl. u.a. die Interviews von Dr. med. Heiko : S c h ö n i n g, die Corona-Ausschußsitzungen unter Leitung des klasse Rechtsanwalts Dr. Reiner F ü l l m i c h, usw.

Für Rückfragen u. näheren Details zu d. oben beschriebenen Sachverhalten kann man uns/mich gerne kontaktieren.



Sachsen-Meiningische Gemeindeamt Wöblsdorf bei Saalfeld  
Büro für Rechts- und Geschichtsforschung  
Genehmigter Recht[s]sachverständiger, Staatsbeamter und  
Amtsvorsteher  
c/o Wöblsdorf [3], [07318] Wöblsdorf bei Saalfeld  
Tel: 01573 4596092, chr.alber@yahoo.com  
<http://www.deutscher-reichsanzeiger.info>  
<http://www.sachsen-meiningen.org>





## Einladung zum Stammtisch & Gespräch

### Themen:

- Fortgeltende Alliierte Bestimmungen: Besatzung & Beschlagnahme bis zum ausstehenden Friedensvertrag, welcher einzig & alleine mit dem fortbestehenden reichsverfassungsrechtlichen Staat „2tes.Deutsches Reich“ - mit letztem international anerkanntem, gültigen Rechtsstand d. 30. Jan. 1933 mit einigen Neuerungen, also vor Machtergreifung der bankenfinanzierten, illegalen Parteien einschl. des Regimes von A. Hitler - geschlossen werden kann.

Die Reaktivierung und der Wiederaufbau unseres alten reichsverfassungsrechtlichen Staates Deutsches Reich wurde seitens des US Department of State/ Berlin, deren amerikan. Botschafter in Absprache mit d. britischen & sowjet.

Militärs & Regierungen ab Mai 1985 beschlossen & **vorgegeben**. Diese Tatsache stellt besatzungsrechtlich somit **keine „Option“** für uns alle dar !

- **Sowohl d. Entscheidungen bzgl. „Wiedervereinigung“ 1989/90 wie auch die kurz zuvor erfolgte Vorgabe d. Reaktivierung des dt. Reichs geschahen hinter verschlossenen Türen mit dem höheren Berliner Reichsbahnbeamten Dr.hc.jur. :Wolfgang Gerhard Günter: Ebel.** Dieser war von den Alliierten aufgrund seiner besonderen menschlichen & juristischen Leistungen bereits während der Reichsbahnstreiks ~1983 in d. Nachfolge von Dr.Ing. :Julius: Dormüller auf Basis d. fortgeltend gültigen Weimarer' Verfassung zum Reichstransportminister, sowie im Mai 1985 zum **Generalbevollmächtigten Deutschlands** und *aufgrund des bis heute fortdauernden [BRiD]-Putsch-Ausnahmestands* in d. verfassungsrechtl. Position des „Reichskanzlers“ genehmigt worden
- Mangels gültiger Gesetze und daher spät. seit 1956 effektiv ungültigem Gesetzgeber muß sich die gesamte [„BRiD“] beim Wiederaufbau des alten Reichs & Staats mit anschließen. Vgl. u.a BVG-Urteil v. 25.7.2012: 2 BvF 3/11,2 BvR 2670/11,2 BvE 9/11
- Wenig Aufmerksamkeit erhalten auch d.Tatsachen,daß die Alliierten Dr.hc.jur. Ebel bereits während ihrer jährlichen Konferenzen in der Brandenburghalle/Berlin im Jahr 1987 der Weltöffentlichkeit vorgestellt haben & auch zahlreiche, ebenfalls weiterhin gegen die alliierten, reichsrechtlichen & grundgesetzlichen Vorgaben putschende [„BRiD-Gerichte“],wie z.B. d. „BGH“ in Karlsruhe, Dr. hc. :Wolfgang Gerhard Günter: Ebel & das 2te Deutsche Reich seither schriftlich & offiziell anerkennen mußten.
- Auch wird weiterhin vertuscht, daß sowohl die [BRiD] wie auch die [DDR] alliiertenseits als jehier eher ungewollte Staatssimulationen am 17.7.1990 von den Alliierten auf deren Pariser Konferenz per Löschung der Präambel & des Art. 23 GG sowie der DDR-Verfassung aufgelöst und somit beide zusammen zeitgleich **verboten** wurden.
- Urteile, u.a. Urteil Nr. 143 des Int. Gerichtshofs aus Den Haag, belegen, daß ein bis heute weiterhin beschlagnahmtes & defakto fortbestehend besatztes Deutschland nie souverän & auch nie Teil des eingetragenen Vereins namens „EU“ sein konnte.
- **Quellen & Beweisvideos z.B.:** <https://www.youtube.com/watch?v=g7yaRLxA07E&t=370s>, RSV (Rechtssachverständigen)-Verband, u.v.m.

**Treffpunkt** abends nach Vereinbarung: Wöhlsdorf [3] bei [07318] Saalfeld, 01573-4596092, christian bernd v. Karlsruhe (Fam. A l b e r)

## Einladung zum Stammtisch & Gespräch

### Themen:

- Fortgeltende Alliierte Bestimmungen: Besatzung & Beschlagnahme bis zum ausstehenden Friedensvertrag, welcher einzig & alleine mit dem fortbestehenden reichsverfassungsrechtlichen Staat „2tes.Deutsches Reich“ - mit letztem international anerkanntem, gültigen Rechtsstand d. 30. Jan. 1933 mit einigen Neuerungen, also vor Machtergreifung der bankenfinanzierten, illegalen Parteien einschl. des Regimes von A. Hitler - geschlossen werden kann.

Die Reaktivierung und der Wiederaufbau unseres alten reichsverfassungsrechtlichen Staates Deutsches Reich wurde seitens des US Department of State/ Berlin, deren amerikan. Botschafter in Absprache mit d. britischen & sowjet.

Militärs & Regierungen ab Mai 1985 beschlossen & **vorgegeben**. Diese Tatsache stellt besatzungsrechtlich somit **keine „Option“** für uns alle dar !

- **Sowohl d. Entscheidungen bzgl. „Wiedervereinigung“ 1989/90, wie auch die kurz zuvor erfolgte Vorgabe d. Reaktivierung des Reichs geschahen hinter verschlossenen Türen mit dem höheren Berliner Reichsbahnbeamten Dr. hc. jur. :Wolfgang Gerhard Günter: Ebel.** Dieser war von den Alliierten aufgrund seiner besonderen menschlichen & jurist. Leistungen bereits während der Reichsbahnstreiks ~1983 in der Nachfolge von Dr.Ing. :Julius: Dormüller auf Basis d. fortgeltend gültigen Weimarer' Verfassung zum Reichstransportminister & später im Mai 1985 zum **Generalbevollmächtigten Deutschlands** und *aufgrund des bis heute fortdauernden BRD-Putsch-Ausnahmestands* in d. verfassungsrechtl. Position des „Reichskanzlers“ genehmigt worden.
- Mangels gültiger Gesetze und daher spät. seit 1956 effektiv ungültigem Gesetzgeber muß sich die gesamte [„BRiD“] beim Wiederaufbau des alten Reichs & Staats mit anschließen.Vgl. u.a BVG-Urteil vom 25.7.2012: 2 BvF 3/11, 2 BvR 2670/11, 2 BvE 9/11
- Wenig Aufmerksamkeit erhalten auch d.Tatsachen,daß die Alliierten Dr.hc.jur. Ebel bereits während ihrer jährlichen Konferenzen in der Brandenburghalle/Berlin 1987 der Weltöffentlichkeit vorgestellt haben & auch zahlreiche, ebenfalls weiterhin gegen die alliierten, reichsrechtlichen & grundgesetzlichen Vorgaben putschende [„BRiD-Gerichte“],wie z.B. d. „BGH“ in Karlsruhe, Dr. hc. Wolfgang Gerhard Günter Ebel und unseren Staat 2tes Deutsches Reich seither schriftlich und offiziell anerkennen mußten.
- Auch wird weiterhin vertuscht, daß sowohl die [BRiD] wie auch die [DDR] alliiertenseits als jehier eher ungewollte Staatssimulationen am 17.7.1990 von den Alliierten auf deren Pariser Konferenz per Löschung der Präambel & des Art. 23 GG sowie der DDR-Verfassung aufgelöst und somit beide zusammen zeitgleich **verboten** wurden.
- Urteile, u.a. Urteil Nr. 143 des Int. Gerichtshofs aus Den Haag, belegen, daß ein bis heute weiterhin beschlagnahmtes & defakto fortbestehend besatztes Deutschland nie souverän & auch nie Teil des eingetragenen Vereins namens „EU“ sein konnte.
- **Quellen & Beweisvideos z.B.:** <https://www.youtube.com/watch?v=g7yaRLxA07E&t=370s>, RSV (Rechtssachverständigen)-Verband, u.v.m.

**Treffpunkt** abends nach Vereinbarung: Wöhlsdorf [3] bei [07318] Saalfeld, 01573-4596092, christian bernd v. Karlsruhe (Fam. A l b e r)



[www.deutscher-reichsanzeiger.info](http://www.deutscher-reichsanzeiger.info)



[www.deutscher-reichsanzeiger.info](http://www.deutscher-reichsanzeiger.info)

# Amtierendes Reichsgericht

KOPIE

Präsidium

KOPIE



## Befähigungsnachweis

In Anerkennung der Rechte und Pflichten als definitiv seit dem 18.07.1990 in Personalunion Staatsbürger des reichsverfassungsrechtlichen Staates Deutsches Reich kein Bürger des seit dem 17.07.1990 ehemaligen besatzungsrechtlichen Mittels der Westmächte namens *Bundesrepublik Deutschland*, Landesangehöriger eines der seit dem 25.02.1987 seitens der USA reichsländerverfassungsrechtlich und reichsländergesetzlich gewollten 17 Reichsländer kein *Landeseinwohner* irgendeines Landes der ehemaligen *Bundesrepublik Deutschland*, gemäß Artikel 43 des Dritten Abschnitts der Anlage zum Abkommen Ordnung der Besetze und Gebräuche des Landkriegs bezüglich des Abkommens, betreffend die Besetze und Gebräuche des Landkriegs vom 18. 10. 1907 (RSBl. S. 147) völkerrechtlich, Artikel IV der SHAEF-Proklamation Nr. 1 der USA vom 13. 02. 1944 (Amtsbl. US Mil.-Reg. Deutschl. Ausgabe A S. 1) kriegsrechtlich der Anweisung, Kontrolle und Gerichtsbarkeit der USA unterliegend, dem 1.<sup>ten</sup> Londoner Protokoll vom 12. 09. 1944 (The Conferences at Malta and Yalta; Germany), Zones of Occupation and Administration of „Greater Berlin“ S. 111 ff) sowie der Kontrollratsgesetzgebung (Amtsbl. KR) in Verbindung mit dem Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin vom 25. 09. 1990 (BSBl. II S. 1274 ff) besatzungsrechtlich, bis zum Friedensvertrag mit dem handlungsfähigen reichsverfassungsrechtlichen Staate Deutsches Reich den gesetzlichen Bestimmungen der Reichsverfassung vom 11. 08. 1919 (RSBl. S. 1383 ff) in Verbindung mit dem durch die Viermächte der Amtierenden Reichsregierung mit Wirkung zum 08. 05. 1985 genehmigten Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Reichsverfassung vom 21. 04. 1987 (RSBl. I S. 1 ff) der gesamten *grundgesetzlichen Verwaltung* und *Gerichtsbarkeit* exterritorial gegenüberstehend der Rechtsordnung des reichsverfassungsrechtlichen Staates Deutsches Reich angehörend, dem weiteren Aufbau dienen zu wollen,

werden Sie,

KOPIE

KOPIE

Herr Christian Bernd Alber,  
geb: 24. August 1979

auf der Rechtsgrundlage der völker-, kriegs-, besatzungs- und reichsverfassungsrechtlichen Bestimmungen des Artikels I Absatz 1 des SHAEF-Befehzes Nr. 1 der USA vom 13. 02. 1944 der durch die Alliierten zum 22. 05. 1949 bereinigt geltenden Reichsgesetzgebung in Ermangelung der Existenz von Rechtsanwälten,

nach der Absolvierung eines rechtsvergleichenden Fachlehrgangs zur Ausübung der Tätigkeit eines

Rechtssachverständigen des reichsverfassungsrechtlichen Staates Deutsches Reich

berufen.

Sie sind im dienstlichen Verkehr verpflichtet und außerdienstlich berechtigt, den Titel Rechtssachverständiger des reichsverfassungsrechtlichen Staates Deutsches Reich als Beamter zu führen.

Groß-Berlin, den 14. Juli 2014

KOPIE

Dagmar Tietzsch

Der zur öffentlich-rechtlichen Prüfung von Rechtssachverständigen des reichsverfassungsrechtlichen Staates Deutsches Reich seitens der USA reichsverfassungsrechtlich gewollte und durch die Viermächte reichsgesetzlich genehmigte Präsident des Amtierenden Reichsgerichts.  
Dagmar Sibylle Tietzsch



KOPIE